

Ansprache zum 08. Mai 2026
an der Gedenkstätte
für die Opfer
der nationalsozialistischen
Gewaltherrschaft
in Wolfsburg

Prof. Dr. Werner Widuckel

Liebe Mecki Hartung,
liebe Gisela,
sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
liebe Anwesende,

zunächst einmal möchte ich mich
für die Einladung und die Ehre herzlich
bedanken,
hier anlässlich des 08. Mai
reden zu dürfen.

Dieser Ort ist Zeugnis und Teil
eines Menschheitsverbrechens,
das in seinen Ursachen und
Konsequenzen zu verstehen und
zu begreifen uns wohl nie vollständig
gelingen wird.

Deshalb ist es umso wichtiger,
nicht zu vergessen und
keinen sogenannten Schlussstrich zu
ziehen.

Denn wir sind und wir bleiben in der
Verantwortung für die Zukunft.

Es gilt,
die Erinnerung
und das Gedenken wach zu halten und
Konsequenzen für die Gegenwart und
Zukunft zu ziehen.

Und dies hat viele Gründe:
Da sind zuerst die Trauer und auch der
Schmerz über das,
was den Menschen angetan worden ist,
die hier begraben liegen.

Sie wurden Opfer
von unfassbaren Demütigungen und
Qualen,
geschunden bis in den Tod.

So wurde das Leben
von Menschen zerstört,
die entmenschlicht werden sollten.

Und dies war nicht das Ergebnis
eines Wahns,
sondern eiskalt und mit Kalkül geplant.

Diese Menschen sollten sterben.

Erinnerung bedeutet hier,
das Gedenken an diese Menschen
wachzuhalten,
ihnen einen Namen zu geben
und damit ihrer Würde gerecht zu werden.

Und dies ist auch ein Akt des Widerstands
gegen die Täter,
die diese Leben auslöschen und diese
Menschen entmenschlichen wollten.

Wir alle kennen die Bedeutung der
Tätowierungen auf den Armen
von KZ-Häftlingen.

Wir stehen hier gegen das Vergessen und gegen die Gleichgültigkeit.

Diese Menschen bleiben in unseren Gedanken und unserem Gedenken präsent.

Und damit bekräftigen wir auch:

Die Würde des Menschen ist unantastbar.

Mit diesem ersten Satz des Artikels 1 unseres Grundgesetzes ist eine Verpflichtung formuliert worden, nie wieder zuzulassen, dass Menschen entmenschlicht werden sollen.

Dies macht den moralischen Kern
des Staats- und
Demokratieverständnisses
des Grundgesetzes aus,
den ich als Verfassungspatriot voll und
ganz teile.

Das war ein großer Schritt
und ist eine klare Abgrenzung gegenüber
einer rassistischen und nationalistischen
Einteilung von Menschen,
nach der die einen als wertvoll und andere
unwert bestimmt werden sollen.

Die Würde des Menschen ist jedem Menschen eigen und wir billigen niemandem das Recht zu, dies in Frage zu stellen.

Aber die Unantastbarkeit der Menschenwürde ist in großer Gefahr.

So sehen wir eine internationale Renaissance des Rassismus und des Nationalismus in Kombination mit Autokratien, die demokratische Rechte und die Gewaltenteilung aushöhlen und so einen unumschränkten Herrschaftsanspruch erheben.

Bei denen einen fungiert dies als „iliberale Demokratie“, bei den anderen als „MAGA“ und wieder andere stellen die boshafte Forderung der „Remigration“ in den Vordergrund.

Mit diesem Anspruch wird eine Grenze zwischen vermeintlich „guten Teilen des Volkes“ und deren angeblichen Feinden gezogen, die in dieser Les- und Denkart nicht dazugehören und die man angreifen oder ausgrenzen dürfe, ja sogar müsse.

Damit gelten Freiheits- und Menschenrechte eben nicht mehr für alle.

Ein Klima aggressiver Bedrohung und Herabwürdigung drängt die Maßstäbe eines zivilisierten Umgangs und des gegenseitigen Respekts immer stärker an den Rand.

Der demokratische Wettbewerb nimmt aus dieser Perspektive die Form einer Feindbekämpfung an, die auch vor Verleumdung und dreisten Lügen sowie vor Gewalt und Willkür nicht zurückschreckt.

So sehen wir:

Der Demokratie und der Menschenwürde,
der zivilisatorischen Haltung des Respekts
bläst der Wind in vielen Ländern
scharf ins Gesicht und dies gilt auch für
Deutschland.

Der Grund dieser Entwicklung liegt nicht
nur in der Stärke von Autokraten,
Nationalisten oder Rassisten.

Dies ist auch eine Wirkung der Schwäche
von Demokratinnen und Demokraten,
die einer vermeintlichen Normalisierung
dieser Entwicklung nicht entschieden
genug entgegengetreten.

Liebe Anwesende!

Leider wird viel zu häufig geschwiegen,
keine Position bezogen und der Eindruck
erweckt,
dass Ausgrenzung, Bedrohung und
Herabwürdigung letztlich nur
Randerscheinungen seien.

Nein, das sind sie nicht und sie fressen
sich immer tiefer in unsere Gesellschaft
hinein.

Und der Kreis der hiervon Betroffenen
wird immer größer.

Da wird Kindern von anderen Kinder in der Schule damit gedroht, das sie „nach Hause“ geschickt werden, wenn „wir“ an der Macht sind.

Da geben Bürgermeisterinnen und Bürgermeister sowie kommunalpolitisch Tätige ihr Amt und ihr Mandat auf, weil sie den Druck nicht mehr aushalten.

Das heißt:

Wir sind schon längst über die Anfänge hinaus, denen wir eigentlich einmal wehren wollten.

Deshalb richte ich einen Appell an all diejenigen, die nach wie vor Grundrechte und Demokratie im Sinne der Menschenwürde erhalten wollen:

Schaut nicht weg,
steht auf,
zeigt Gesicht und klare Haltung und
überlasst das Schicksal
unserer Demokratie nicht ihren Feinden,
lasst diese Normalisierung nicht zu,
denn es wird nicht von allein
alles „wieder gut“.

Das heißt konkret:

Wenn hundert Personen das Haus eines Bürgermeisters belagern, dann müssen 500 von uns diese Person schützen und damit unsere Demokratie verteidigen.

Überwindet hierfür Unterschiede und Gegensätze in diesem gemeinsamen Ziel, damit wir nicht am Ende gemeinsam unsere Demokratie und unsere Menschenrechte verlieren.

Gebt das Gedenken und die Erinnerung
an das Menschheitsverbrechen
des Nationalsozialismus gegenüber
denjenigen niemals preis,
die dies umdeuten und relativieren wollen.

Deshalb fasse ich zusammen:

Es reicht!

Wir müssen deutlicher Widerstand leisten
und uns viel stärker
und häufiger bewegen.

Es drängt und deshalb müssen wir im Handeln und nicht nur in den Absichten deutlich stärker werden, um nicht am Ende unseren Kindern und Enkelkindern sagen müssen, dass es zu spät ist.

Deshalb lasst uns in diesem Sinne handeln.

Denn das sind wir auch denjenigen schuldig, die hier begraben liegen.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.